LANDKREIS NIENBURG/WESER



KT/01/2014

Abschrift!

Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Kreistages am Freitag, dem 14.03.2014, 15:00 Uhr, im Sitzungssaal des Kreistages, Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg

Beginn: 15:00 Uhr Ende: 16:15 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Landrat Detlev Kohlmeier

Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg

Herr KTA Bernd Brieber, 31608 Marklohe

Herr KTA Manfred Sanftleben, 31582 Nienburg

Herr KTA Friedrich Andermann, 31634 Steimbke

Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup

Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe

Herr KTA Werner Dralle, 31547 Rehburg-Loccum

Herr KTA Heinrich Gerling, 31603 Diepenau

Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg

Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmsen

Frau KTA Dörthe Heuer, 31603 Diepenau

Herr KTA Fritz-Karsten Hüneke, 31628 Landesbergen

Herr KTA Rüdiger Kaltofen, 31604 Raddestorf

Herr KTA Henry Koch, 31622 Heemsen

Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen

Herr KTA Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen

Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen

Herr KTA Hans-Hermann Steinmann, 31592 Stolzenau

Herr KTA Hansjürgen Waering, 31595 Steyerberg

Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum

Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe

Frau KTA Insa Höltke, 31608 Marklohe

Frau KTA Barbara König-Meyer, 31609 Balge

Herr KTA Heinz-Dieter Meinzen, 31628 Landesbergen

Frau KTA Birgit Menzel, 31582 Nienburg

Herr KTA Bernd Meyer, 27333 Schweringen

Frau KTA Ute Paczkowski, 31623 Drakenburg

Herr KTA Heinz Schmidt, 27324 Hämelhausen

Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald

Herr stelly. Landrat Grant Hendrik Tonne, 31633 Leese

Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg

Herr KTA Hartmut Waschke, 31582 Nienburg

Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte

Herr KTA Günter Kesebom, 27324 Hassel

Herr KTA Friedrich Leseberg, 31634 Steimbke

Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg

Herr KTA Frank Podehl, 31582 Nienburg

Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg

Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg

Herr stelly. Landrat Heinz-Friedel Bomhoff, 31618 Liebenau

Frau KTA Christiane Bormann, 31582 Nienburg

Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg

Herr KTA Falk Huneke, 31595 Steyerberg

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Klein

Herr Kreisrat Thomas Schwarz

Frau Christine Graubohm, Vorzimmer des Landrates

Herr KOAR Torsten Rötschke, Büro des Landrates

als Stenotypistin als Protokollführer

Zuhörerinnen/Zuhörer

6

Presse

Herr Stüben, Die Harke Herr Henschel, Kreiszeitung

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Jens Beckmeyer, 31592 Stolzenau

Herr KTA Alfred Plate, 31618 Liebenau

Herr KTA Wilhelm Schlemermeyer, 31582 Nienburg

<u>KT-Vors. Dr. Weghöft</u> eröffnet um 15.00 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der heimischen Presse sowie die Zuschauer auf der Tribüne, stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

<u>Landrat Kohlmeier</u> macht darauf aufmerksam, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 10. März 2014 die **Drucksache 2014/013/1** "**Erweiterung des GVH-Tarifes"** nicht behandelt habe. Er bitte daher, den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Die entsprechende Änderung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

KT-Vors. Dr. Weghöft stellt sodann die nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 13.12.2013
- TOP 2: Berufung der Gleichstellungsbeauftragten

2014/047

TOP 3: Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für die Flachdachsanierung an der Grundschule Leese

2014/024

TOP 4: Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für den Ausbau des Dachgeschosses der Grundschule Steimbke und die Neugestaltung des Sportplatzes

2014/025

TOP 5: Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für die Errichtung einer Mensa an der Grundschule Bücken 2014/026

TOP 6: Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Nienburg/Weser gemäß § 114 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG)

2014/027

TOP 7: Einführung des Ganztagsschulbetriebes an der Oberschule Hoya mit Wirkung vom 01.08.2014 2014/028 TOP 8: EU-Förderung des Museums Nienburg 2014/056 TOP 9: Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses 2014/032 TOP 10: Ernennung des Kreisbrandmeisters und des Brandschutzabschnittsleiters II (Süd) 2014/048 TOP 11: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: Sprachförderung von Flüchtlingen im Landkreis Nienburg/Weser - insbesondere für schulpflichtige Kinder und Jugendliche -2014/053 TOP 12: Mitteilungen/Anfragen; hier: Arbeitskreis "Schulentwicklungsplanung" TOP 13: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Protokollführer

Der Landrat

Der Vorsitzende

BOT VOTORIZOTICO	1 TotoRomanion	Doi Landrat
gez. Dr. Weghöft	gez. Rötschke	gez. Kohlmeier
Kreistagsvorsitzender	Kreisoberamtsrat	Kohlmeier



14.03.2014

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 13.12.2013

Beschluss:

Der Kreistag genehmigt das Protokoll aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 13.12.2013.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

<u>KT-Vors. Dr. Weghöft</u> macht darauf aufmerksam, dass in der Auflistung der Sitzungsteilnehmer beim Abgeordneten Gerling die Kennzeichnung "KTA" fehle.



2014/047 14.03.2014

Berufung der Gleichstellungsbeauftragten

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Frau Petra Bauer, wohnhaft in Marklohe, wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 50 % der tariflichen Arbeitszeit und der Entgeltgruppe 9 TVöD eingestellt. Gleichzeitig wird sie gem. § 8 NKomVG zur Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Nienburg/Weser berufen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier und KT-Vors. Dr. Weghöft gratulieren Petra Bauer zu ihrer Wahl.

<u>Frau Bauer</u> bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Sie freue sich, für den Landkreis als Gleichstellungsbeauftragte tätig zu werden, und auf die damit verbundenen Kontakte zu den Kreistagsabgeordneten.

ohne



2014/024 14.03.2014

Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für die Flachdachsanierung an der Grundschule Leese

dachsanierung an der Grundschule Leese
Beschluss:
Das Gremium beschließt ungeändert.
Der Samtgemeinde Mittelweser wird für die Flachdachsanierung an der Grundschule Leese eine Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG in Höhe von höchstens 66.667 € gewährt.
Beratungsergebnis:
Einstimmig
Beratungsgang:



2014/025 14.03.2014

Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für den Ausbau des Dachgeschosses der Grundschule Steimbke und die Neugestaltung des Sportplatzes

_	_			
О	esc	hl.		
н	ロジい	m	16.6	

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Samtgemeinde Steimbke wird für den Ausbau des Dachgeschosses der Grundschule Steimbke (133.333 €) und die Neugestaltung des Sportplatzes (78.126 €) eine Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG in Höhe von höchstens 211.459 € gewährt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne

ohne



2014/026 14.03.2014



2014/027 14.03.2014

Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Nienburg/Weser gemäß § 114 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG)

Beschluss:
Das Gremium beschließt ungeändert.
Die Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Nienburg/Weser gemäß § 114 des Niedersächsischen Schulgesetzes (Schülerbeförderungssatzung) vom 14.06.2013 wird mit Wirkung vom 01.08.2014 in der Fassung der Änderungssatzung

Beratungsergebnis:

vom 14.03.2014 neu erlassen.

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



2014/028 14.03.2014

Einführung des Ganztagsschulbetriebes an der Oberschule Hoya mit Wirkung vom 01.08.2014

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Oberschule Hoya wird ab dem 01.08.2014 als teilgebundene Ganztagsschule geführt.

Der Antrag auf Genehmigung des Ganztagsschulbetriebes gemäß § 23 Absatz 3 NSchG ist beim Land Niedersachsen einzureichen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KTA Koch führt aus, Oberschulen seien für den ländlich geprägten Flächenlandkreis Nienburg die richtige Schulform. Es sei daher folgerichtig, nunmehr auch in Hoya einen teilgebundenen Ganztagsbetrieb anzubieten. Damit würden 16 der 21 allgemein bildenden Schulen im Kreis Nienburg als Ganztagsbetrieb geführt.

Die Rahmenbedingungen mit den räumlichen guten Voraussetzungen, der vorhandenen Mensa und dem hervorragend ausgearbeiteten Ganztagskonzept der Oberschule seien überzeugend. Dem Arbeitskreis der Oberschule Hoya danke er für die hervorragende Ausarbeitung des Konzeptes zur Einführung des Ganztagsbetriebes.

Unabhängig davon sei er überrascht, wie die Schulentwicklung im Landkreis Nienburg betrieben werde.

Der Arbeitskreis "Schulentwicklung im Landkreis Nienburg" habe sich mit der Schulsituation befasst und eine ordentliche Arbeit geleistet.

Nicht verstehen könne die CDU-Kreistagsfraktion jedoch, wie mit den Feststellungen des Arbeitskreises umgegangen werde.

Es sei vereinbart gewesen, dass der Arbeitskreis der Politik einen Vorschlag unterbreite. Die Verwaltung habe jedoch die Ergebnisse in einer Pressemitteilung verkündet, ohne dem Kreistag zuvor die Ergebnisse bekannt zu geben.

Dieser sei jedoch der gewählte Entscheidungsträger für die Schulentwicklung.

Die Ergebnisse des Arbeitskreises seien den Schulleitern und Samtgemeindebürgermeister am 12.03.2014 bekannt gegeben und am Vormittag von der Verwaltung eine entsprechende Presseerklärung abgegeben worden.

Dieses Vorgehen kritisiere seine Fraktion auf das Schärfste.

Die Bekanntgabe komme bei der Bevölkerung wie ein Gesetz an. Es werde niemand differenzieren, ob es die Meinung des Arbeitskreises oder beschlossene Sache sei.

Der Arbeitskreis sei sicherlich wertvoll, aber nicht befugt, Entscheidungen zu treffen. Ohne Not werde der eine oder andere Schulstandort geschlossen. Das schwäche besonders den ländlichen Raum.

Die Bekanntgabe verunsichere Eltern, Schulleiter und Lehrer.

KT-Vors. Dr. Weghöft fordert KTA Koch auf, zur Sache zu sprechen.

KTA Koch führt aus, die Fraktion habe aufgrund der kurzfristig vorgelegten Mitteilung keine Möglichkeit gehabt, einen Antrag zu stellen.

Ohne Frage sei der Schulstandort in Hoya gesetzt.

Durch das Festhalten an die unbedingte, dauerhafte Dreizügigkeit würden im Südkreis nur noch drei Standorte verbleiben. Ganze Regionen würden keine allgemein bildende Schule mehr haben.

Dabei sei bekannt, dass zweizügige Oberschulen genehmigungsfähig seien und eine gute Arbeit leisten würden. Die CDU-Kreistagsfraktion fordere daher im Südkreis vier Standorte.

Im Nordkreis sei ohne Not eine Empfehlung für die Schulstandorte Steimbke und Heemsen getroffen worden.

Er hätte erwartet, dass hier mit der Abstimmung gewartet werden würde, bis eine Einigung mit der Stadt Nienburg zustande gekommen wäre.

KT-Vors. Dr. Weghöft entzieht KTA Koch das Wort.

<u>KTA Brunschön</u> entgegnet, dass am Montag alle Fraktionsvorsitzenden, der Landrat und jeweils ein Vertreter der Fraktionen aus dem Arbeitskreis zusammen gesessen hätten, um die weitere Vorgehensweise zum Thema Schulentwicklungsplanung abzustimmen.

Dabei sei die Bekanntgabe der Teilergebnisse im Rahmen einer Pressekonferenz am Freitag abgesprochen worden. Die Vertreter der CDU-Fraktion hätten hiergegen keinen Einspruch erhoben.

Schon vor der offiziellen Bekanntgabe seien durch Indiskretionen, die aus dem Arbeitskreis gekommen sein müssen, Teilergebnisse in der Presse ausgebreitet worden. Von daher sei es höchste Zeit gewesen, auch offiziell Stellung zu beziehen.

Zur Stadt Nienburg sei festzustellen, dass diese immer im Arbeitskreis vertreten gewesen sei und genug Zeit gehabt hätte, um zu einer Empfehlung zu kommen.

Den Tagesordnungspunkt "Oberschule Hoya" für derartige Aussagen zu instrumentalisieren, sei "schon ein dolles Ding".



2014/056 14.03.2014

EU-Förderung des Museums Nienburg

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die bereits 2008 bewilligte Förderung des Museums Nienburg in Höhe von 120.000 € wird auf der Basis des geänderten Projektantrages bestätigt. 40.000 € sind im Haushalt 2014 bereits bereit gestellt, weitere 40.000 € sind in den Nachtrag aufzunehmen, die dritte Tranche von 40.000 € ist im Haushalt 2015 zu veranschlagen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

<u>KTA Hauschildt</u> betont, der Museumsverein Nienburg/Weser für die ehemaligen Grafschaften Hoya, Diepholz und Wölpe leiste mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag für den Einblick in die geschichtliche Entwicklung des Mittelweserraumes.

Die aktuelle Projektbeschreibung für die zukünftige Betrachtung der regionalen Vergangenheit sei überzeugend. Mit der Investition in das Projekt werde in die Vergangenheit, in die Substanz und in die Zukunft investiert.

Aus diesem Grund bitte er um Zustimmung für den Verwaltungsvorschlag.



2014/032 14.03.2014

Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Kreistag beruft die von den Vereinen zur Vertretung der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher vorgeschlagenen Personen als beratendes Mitglied und dessen Vertreter für den Jugendhilfeausschuss.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



2014/048 14.03.2014

Ernennung des Kreisbrandmeisters und des Brandschutzabschnittsleiters II (Süd)

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

- a) Herr Bernd Fischer wird mit Wirkung vom 01.07.2014 zum Kreisbrandmeister ernannt und für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis des Landkreises Nienburg/Weser berufen.
- b) Herr Andreas Wulf wird mit Wirkung vom 01.07.2014 zum Brandschutzabschnittsleiter II (Süd) ernannt und für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis des Landkreises Nienburg/Weser berufen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

<u>KTA Hauschildt</u> führt aus, es sei nicht selbstverständlich, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dies gelte insbesondere, wenn man an der Spitze einer Kreisfeuerwehr mit viel Verantwortung und hohem persönlichen Engagement stehe.

Die Arbeit in den und für die Freiwilligen Feuerwehren werde - gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – in den kommenden Jahren nicht leichter.

Er wünsche Bernd Fischer und Andreas Wulf für ihre Aufgabe daher alles Gute und danke im Namen seiner Fraktion für die Bereitschaft, sich als Ehrenbeamte des Landkreises den anstehenden Aufgaben zu stellen.



2014/053 14.03.2014

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: Sprachförderung von Flüchtlingen im Landkreis Nienburg/Weser - insbesondere für schulpflichtige Kinder und Jugendliche -

Beschluss:

Das Gremium lehnt ab.

Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung beim Land Niedersachsen einzufordern, dass ausreichend Schulklassen für die Sprachförderung von Flüchtlingen – insbesondere für schulpflichtige Kinder und Jugendliche – im Kreisgebiet eingerichtet werden, damit die Integration erleichtert wird.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 17 Ja-Stimmen 25 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

Beratungsgang:

<u>KTA Heineking</u> erläutert, die CDU-Kreistagsfraktion sehe Zuwanderung als Chance. Insbesondere auch für den Landkreis Nienburg könne die Zuwanderung aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie mit guter Bildung einhergehe.

Die CDU-Kreistagsfraktion habe daher Anfang des Jahres eine Unterrichtung im Kreisausschuss beantragt. Die geschilderte Situation habe sich dabei hinsichtlich der Thematik "Bildung und Schule" als problematisch dargestellt, weil zu wenig Angebote im Landkreis Nienburg vorhanden seien.

Die CDU-Kreistagsfraktion habe daher den vorliegenden Antrag auf den Weg gebracht. Sie sei der Meinung, dass das Land Niedersachsen seinen Verpflichtungen nachkommen müsse.

Die zwischenzeitlich erfolgten Ankündigungen des Landes, im Laufe des Jahres tätig zu werden, seien zu begrüßen. Sie seien jedoch kein Grund, den Antrag zurück zu ziehen.

<u>KTA Brunschön</u> erwidert, der Antrag stelle auf ein Tätigwerden der Kreisverwaltung ab. Diese sei – ebenso wie die Landesregierung – jedoch längst tätig geworden und habe im Gespräch mit der Landesschulbehörde konkrete Ergebnisse erzielen können.

Ergänzend zu der bereits bestehenden Förderklasse in Nienburg würden demnach eine weitere Sprachförderklasse in Nienburg sowie ein weitere in Hoya eingerichtet werden. Eine vierte könne es möglicherweise im Südkreis geben.

Der Antrag habe sich inhaltlich und fachlich daher erledigt. Die SPD-Fraktion werde ihn daher ablehnen.

<u>KTA Sanftleben</u> stellt heraus, dass er die Begründung für den Antrag und das Anliegen selbst nur unterstützen könne.

Die aktuelle Entwicklung habe den Antrag der CDU jedoch überholt. Zwischen der Kreisverwaltung und der Landesschulbehörde hätten erfolgreich Gespräche stattgefunden. Es sei anzuerkennen, dass diese Bemühungen zum Erfolg geführt hätten, und daher wünschenswert, dass die CDU in der Konsequenz ihren Antrag zurückziehe.

Das letzte Mal, dass seine Kreistagsfraktion einem Antrag zugestimmt habe, der sich bereits erledigt hatte, sei die Zustimmung zur LGLN-Resolution gewesen.

Dies sei schon mehreren Abgeordneten schwer gefallen. Man sollte deswegen die Bereitschaft des Kreistages, Beschlüsse zu fassen, die sich eigentlich schon erledigt haben, nicht überstrapazieren.

<u>KTA Kretschmer</u> führt aus, es sei insbesondere auf dem Land schwierig, Sprachlernklassen einzurichten, da hierfür mindestens 10 Kinder erforderlich seien. Bei der Landesschulbehörde sollte daher nochmals auf die Möglichkeit gedrungen werden, kleinere Gruppen einzurichten.

Aus ihrer Sicht gehöre zudem zu der Willkommenskultur in diesem Landkreis, dass die Menschen hier selbständig und selbstbewusst ihre Sachen erledigen und den Alltag meistern könnten. Hierfür sei die Sprache unerlässlich. Insofern müssten Gedanken dazu angestellt werden, wie Erwachsenen der Zugang zur Sprachförderung ermöglicht werden könne. Insbesondere, wenn diese noch keine Berechtigung hätten, Migrationskurse zu besuchen.

Sie werde sich bei der Abstimmung enthalten, weil sie im Grunde genommen nicht dagegen stimmen könne, sich dieser aber bereits erledigt hätte.

<u>Stellv. Landrat Tonne</u> bewertet den Antrag als Schnellschuss. Die Aufforderung an die Verwaltung tätig zu werden, sei obsolet. Den Versuch, sich ein Tätigwerden der Landkreisverwaltung als eigenen politischen Erfolg anzuheften, könne man starten, dürfe ihn aber nicht durchgehen lassen.

Zum nächsten Schuljahr würde allein in der Regionalabteilung Hannover der Landesschulbehörde eine Aufstockung der Sprachlernklassen von 28 auf 46 Klassen stattfinden. Insofern müsse auch das Land Niedersachsen nicht angeschoben werden. Es komme seiner Verpflichtung bereits zum jetzigen Zeitpunkt nach.

Der im Raum stehende Erlass befinde sich derzeit im Anhörungsverfahren. Der Teil der Sprachlernklassen, insbesondere der Flüchtlingskinder, sei dabei ein Aspekt. Ob der Erlass so durchgehe oder verändert werde, sei dabei völlig unerheblich, da das Geld für die Sprachlernklassen, die von der Landesschulbehörde in Syke zugesagt worden seien, haushaltsrechtlich da sei.

Hier werde der Versuch gestartet, eine Resolution bzw. einen Antrag auf den Weg zu bringen, um sich im Nachhinein mit dem Erfolg, der bereits jetzt schon feststeht, zu schmücken. Das sei eine Anscheinserweckung der eigenen Tätigkeit und deswegen abzulehnen.

<u>KTA Kurowski</u> betont, im Antrag sei klar formuliert, dass die CDU-Kreistagsfraktion den Fachdienst Schule und Kultur mit dem Antrag in seinen Bemühungen unterstützen wolle, die Landesschulbehörde zu einer unverzüglich Einrichtung zu bewegen. Unverzüglich bedeute für sie, dass jetzt gestartet werde und nicht erst am 1. August.

Der CDU-Fraktion eine "Schau" vorzuwerfen, sei nicht nachvollziehbar. Von dem angesprochenen Erlass sei zum Zeitpunkt der Antragstellung noch keine Rede gewesen.

KTA Höltke erinnert daran, dass die Einrichtung von Sprachförderklassen Sache der Landesschulbehörde sei und vor Ort nicht gelöst werden könne.

Zunehmend würden Kinder von Wirtschaftsflüchtlingen aus anderen europäischen Ländern die Schulen besuchen. Diesen würde der nötige Sprachunterricht bisher nicht zukommen.

Die Landesschulbehörde würde schon seit längerer Zeit Überlegungen hierzu anstellen. Dabei müsse es um kleinere Gruppen gehen, weil an den einzelnen Schulen gar nicht die Masse an Kindern vorhanden sei, die diesen Unterricht benötigen würden.

Ein Spracheinführungsunterricht für Kinder, die kein einziges Wort Deutsch können, sei ein sehr langwieriger Prozess. Das Land bleibe hier gefordert.

<u>KT-Vors. Dr. Weghöft</u> erinnert daran, dass die Kinder des Sekundarbereiches I in der Zuständigkeit des Dezernats III der Landesschulbehörde in Hannover und nicht im Bereich des Dezernatsbereichs Syke liegen würden. Daher müsse man auch mit dem Dezernat III in Hannover Kontakt aufnehmen.



14.03.2014

Mitteilungen/Anfragen;

hier: Arbeitskreis "Schulentwicklungsplanung"

Beratungsgang:

<u>Landrat Kohlmeier</u> teilt mit, der vom Kreistag beauftragte Arbeitskreis "Schulentwicklungsplanung" habe seit Januar 2013 zehnmal getagt, sei hinsichtlich der Teilaufgabe "Struktur im allgemein bildenden Schulbereich" zu einem Ende gekommen und habe am Mittwochabend eine Empfehlung ausgesprochen.

Er habe der politischen Ebene des Landkreises damit eine Empfehlung gegeben, wie aus seiner Sicht eine neue Schullandschaft im Landkreis aussehen könnte.

Zunehmend sei in den letzten Wochen darüber spekuliert worden, welche Empfehlungen der Arbeitskreis ausgearbeitet hätte. Deshalb sei er mit Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung zu der Überzeugung gelangt, dass offensiv mit dem Ergebnis des Arbeitskreises umgegangen werden müsse.

Er habe im Vorfeld der Entscheidung des Arbeitskreises mit den Fraktionen die Überlegungen der Verwaltung zum weiteren Vorgehen erörtert. Dabei sei vorgestellt worden, dass für den Fall, dass der Arbeitskreis am Mittwoch zu einer Empfehlung an die Politik komme, diese am Donnerstag mit den Schulleitungen und Hauptverwaltungsbeamten betroffener Schulen kommuniziert und das Ergebnis am Freitag der Presse und den Kreistagsabgeordneten bekannt gegeben werde.

Es habe zu diesem Vorgehen kein Widerspruch gegeben. Die Art und Weise, wie diese Vorgehensweise nun kritisiert werde, sei enttäuschend.

Des Weiteren habe der Arbeitskreis entschieden, wer das Pressegespräch führen solle. Es sei ausdrücklich allen Arbeitskreismitgliedern angeboten worden, an diesem Pressegespräch teilzunehmen und dieses Ergebnis dort selbst vorzustellen oder auch zu würdigen.

Der Arbeitskreis habe sich über all die Monate hinweg sehr fachlich und sehr sachlich mit handfesten Kriterien beschäftigt und sich mit dem Bewertungssystem auseinandergesetzt. Er habe sich in keiner Weise von irgendeiner Art politischer Einflussnahme oder durch Veranstaltungen und Aktionen der Gemeinden o. Ä. beeinflussen lassen.

Dementsprechend falle auch die Empfehlung des Arbeitskreises aus. Sie sei sehr konsequent an den zugrunde gelegten Bewertungskriterien ausgerichtet und damit eine Arbeitsgrundlage für die Politik.

Diese sei gefordert zu sagen, wie mit den Empfehlungen dieses Arbeitskreises umgegangen werden solle. Es sei jedem Abgeordneten in diesem Kreistag unbenommen, seine persönlichen, politischen Schlüsse daraus zu ziehen.

Persönlich erachte er die getroffenen Feststellungen als sehr tragfähig und werde sich deutlich an diesen Ergebnissen entlang bewegen. Dies bedeute nicht, dass man die Empfehlung eins zu eins umsetzen müsse. Vielmehr sei die Ausgestaltung politische Aufgabe und Herausforderung.

Der Landkreis brauche eine Entscheidung in der Schulentwicklungsplanung für den Landkreis. Dafür müsse der Kreistag den Mut aufbringen, auch wenn sie in Teilen unpopulär sei. Es helfe dabei, mit sehr transparenten, sehr nachvollziehbaren und sehr sachorientierten Grundlagen arbeiten zu können.

Zunächst werde der Arbeitskreis seine Arbeit jedoch beenden. Er habe bis Ende April noch die Themen Förderschulen, Schulbezirke und Inklusion auf seiner Agenda. Planmäßig tage der Schulausschuss am 4. Juni. Die Einladung zu dieser Sitzung werde fristgemäß voraussichtlich Mitte Mai erfolgen. Die Beschlussvorlage werde dann auch die detaillierten Unterlagen für die Empfehlung enthalten.

<u>KTA Waering</u> äußert, mit der Bekanntgabe der Ergebnisse sei die Richtung der weiteren Entwicklung vorgegeben. Eine Entscheidung sei den Kreistagsabgeordneten kaum mehr möglich. Er hätte es besser gefunden, wenn das Zahlenwerk für die Entscheidungsträger zeitgerecht vor der Veröffentlichung den Abgeordneten zugänglich gemacht worden wäre.



14.03.2014

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.